

EU-Beitrittsverhandlungen ja – aber erst nach Beilegung des Namensstreits

In der Hauptstadt Mazedoniens ist die Freude über die Empfehlung Brüssels groß, Beitrittsverhandlungen mit Skopje aufzunehmen. Der mazedonischen Regierung unter Premier Gruevski gilt Anerkennung für ihre Reformbemühungen - auch inmitten der Wirtschaftskrise - und die Erfüllung zahlreicher Vorbedingungen, um diesen positiven Bescheid zu erhalten. Jetzt muss sie die Euphorie im Land und die neue politische Konstellation in Griechenland nutzen, um den leidigen Namensstreit beizulegen und ein Datum für die Aufnahme der Beitrittsgespräche zu bekommen.

Nach vier Jahren Kandidatenstatus kommt die Empfehlung zur Aufnahme der Verhandlungen

„...Die Kommission empfiehlt die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen. (...) Die Beibehaltung gutnachbarlicher Beziehungen, insbesondere eine verhandelte, für beide Seiten annehmbare Lösung des Namensstreits (...) bleibt unabdingbar.“¹ Diese entscheidenden Sätze sind die Kernaussage des aktuellen EU-Fortschrittsberichts und des Strategiepapiers für Mazedonien. Nach der Erlangung des Kandidatenstatus 2005 und den drei darauf folgenden „negativen“ Berichten der Kommission hat die gestrige Verlautbarung Freude bei den mazedonischen Entscheidungsträgern und Euphorie in der mit hupenden Autokolonnen in der Innenstadt Skopjes feiernden Bevölkerung ausgelöst. Premier Gruevski nennt sie „ein

historisches Ereignis für Mazedonien und seine Bürger“ und verspricht, seine Regierung auf Kurs in Richtung EU-Integration zu halten.²

Skopje hat die politischen Vorbedingungen weitgehend erfüllt

Entscheidend für die „positive“ Beurteilung des mazedonischen Fortschritts durch die Kommission sind in erster Linie der demokratische Verlauf der Präsidentschafts- und Kommunalwahlen im Frühling des Jahres, der verbesserte politische Dialog zwischen Regierung und Opposition – insbesondere im Rahmen der effizienteren Arbeit des Parlaments -, sowie die Verabschiedung und positiv bewertete Umsetzung wichtiger EU-relevanter Gesetze. Dazu gehören die Gesetze zu Polizei und Inneres, die Änderungen im Rechtssprechungsgesetz und im Gesetz zum öffentlichen Dienst, sowie die Rechtsakte zur Stärkung der lokalen Selbstverwaltung. Letztere spielen eine wichtige Rolle bei der Umsetzung des Rahmenabkommens von Ohrid und der Regelung der Beteiligung der ethnischen Minderheiten an der politischen Entscheidungsfindung. Auch unterstreicht der Bericht erneut die erfolgreichen Reformen im Kontext der bevorstehenden Visaliberalisierung Anfang 2010.

Auch die Wirtschaftspolitik erfährt Anerkennung

Daneben würdigt die Kommission das Vorrantreiben der Wirtschaftsreformen und die

¹ Strategiepapier der EU-Kommission 2009 (freie Übersetzung aus dem Englischen).

² BalkanInsight.com, 14.10.09.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

MAZEDONIEN

HENRI BOHNET

15. Oktober 2009

www.kas.de/mazedonien

Stabilität des Marktes in Mazedonien. Das Land ist zwar kürzlich in eine leichte Rezession eingetreten, nachdem die letzten beiden Quartale ein negatives Wirtschaftswachstum insbesondere aufgrund des starken Falls der Industrieproduktion vorgewiesen haben. Auch bleibt die Arbeitslosenrate bei 33% bedenkenswert hoch.³ Doch hat die Regierung in Koordination mit der Notenbank im Vergleich zu den Nachbarländern in der Region Schlimmeres verhindern können: das Bankensystem ist weitgehend unversehrt (doch die Kreditvergabe ist deutlich eingeschränkt worden), die Landeswährung bleibt stabil (und an den Euro gekoppelt), das Investitionsklima ist sogar verbessert⁴.

Die Krise ist aber auch in Mazedonien noch nicht überstanden. Auslandsinvestitionen sind dieses Jahr zurückgegangen, Import und Export verringert. Daneben darf nicht vergessen werden, dass der Lebensstandard eines mazedonischen Bürgers nur knapp ein Drittel eines Durchschnittsbürgers der 27 EU-Staaten ausmacht.⁵

Bleibende Baustellen

Obwohl deutliche Fortschritte bei der demokratischen Konsolidierung und dem Funktionieren der staatlichen Institutionen gemacht wurden, mahnt die Kommission die Fortführung der Reformen und die gewissenhafte Umsetzung der Gesetze insbesondere zugunsten der Stärkung rechtsstaatlicher Grundsätze und einer unabhängigen Justiz, der Bekämpfung der Korruption und der Transparenz und Effizienzsteigerung im öffentlichen Dienst an. Daneben kritisiert sie die mangelnde Unabhängigkeit der Medien und warnt vor „langfristige Schäden in den interethnischen Beziehungen“, sollten hier nicht mehr Anstrengungen, insbesondere aber in der Regelung des Unterrichts in eth-

nisch gemischten Schulen unternommen werden.⁶

Priorität: Lösung des Namensstreits

Doch liegt die größte Herausforderung für den weiteren Fortschritt des Landes momentan bei der Lösung des Namensstreits mit Griechenland. Der EU-Erweiterungskommissar Rehn unterstrich während seiner Präsentation der Kommissionsempfehlungen: „Ich vertraue darauf, dass die Regierung in Skopje (diesen Bericht) als eine sehr starke Ermutigung erkennt, den Namensstreit zu beenden.“⁷ Nachdem Anfang des Monats der Sozialist Papandreou zum neuen Premier Griechenlands gewählt wurde, zeigten sich beide Länder nach ersten offiziellen Kontakten gegenüber einer neuen Dynamik in den UN-vermittelten Verhandlungen aufgeschlossen.⁸ Im Gegensatz zu seinem Vorgänger Karamanlis verfügt Papandreou, der gleichzeitig erneut das Amt des Außenministers übernimmt (1999-2004 war er erstmals Chefdiplomat), über eine deutliche Regierungsmehrheit im griechischen Parlament. Dies wird eine letztendliche Ratifizierung einer möglichen Lösung begünstigen.

Der Ball liegt jedoch im Feld der Mazedonier. Mit der guten Nachricht aus Brüssel und dem Jubel in unter den Mazedoniern sind die Umstände so günstig wie lange nicht mehr, die seit fast 20 Jahren bestehende Auseinandersetzung mit dem südlichen Nachbarn beizulegen. „Wir haben die Empfehlung, aber keinen Termin. Rehn hat deutlich gemacht, dass wir ohne eine Lösung beim Namen kaum ein Datum im Dezember (über den Verhandlungsbeginn) bekommen werden. Dies würde uns enttäuschen und wieder zurück an den Start bringen. Wir müssen jetzt handeln“, so die oppositionelle Sozialdemokratin Radmila Sekerinska, Vorsitzende des Nationalen Rats für europäische Integration, der die Interessen der Zivilgesellschaft bei der Koordination der staatlichen EU-Annäherung vertritt.

³ Vgl. Fortschrittsbericht der EU-Kommission 2009, Kapitel 3.

⁴ Vgl. den „Doing Business“-Bericht der Weltbank für 2009, auf doingbusiness.org.

⁵ Vgl. Fortschrittsbericht der EU-Kommission 2009, S.25.

⁶ Ebenda, Kapitel 2.

⁷ BalkanInsight.com, 14.10.09.

⁸ Ebenda, 12.10.09.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

MAZEDONIEN
HENRI BOHNET

15. Oktober 2009

www.kas.de/mazedonien

Denn nur bis Dezember besteht Zeit für einen entscheidenden Schritt vorwärts in den Verhandlungen. Dann entscheidet der Europäische Rat einstimmig über die Empfehlung der Kommission, die Beitrittsverhandlungen mit Skopje aufzunehmen. Athen hatte noch unter der Regierung Karamanlis angekündigt, die Festlegung auf ein Datum zum Beginn der Verhandlungen zu blockieren, sollte bis dahin keine einvernehmliche Einigung möglich sein.